

KOMMENTAR

Abbotts Spuk
wirkt nach

Von Joachim Wille

Tony Abbott ist Geschichte. Als Australiens Premierminister zumindest. Umwelt- und Klimaschutzler aus aller Welt atmen auf. Der Mann, der mit Sottisen regierte wie jener, der Klimawandel sei „Unsinn“, oder mit „Kohle ist gut für die Welt“, wurde von den eigenen Parteifreunden aus dem Amt gefegt. Das öffnet die Chance, dass Canberra wieder vom Bremser zum Antreiber der Klimapolitik wird – es wäre ein wichtiges Signal gut zwei Monate vor dem Pariser Gipfel, auf dem endlich ein Kyoto-Nachfolgeprotokoll beschlossen werden soll. Allerdings: Mehr als eine Chance ist es noch nicht.

Denn Abbott ist nicht wegen seiner Haltung als „Klimaskeptiker“ gestürzt. Australiens Wirtschaft, die im Wesentlichen auf Rohstoffexport basiert, kriselt wegen der gesunkenen Preise für

Australiens Wirtschaft kriselt

Kohle und Co, und Abbott hatte kein Rezept dagegen. Vor allem aber waren es die seriösen Umfragewerte für seine (konservative) Liberale Partei, die ihm den Job kosteten. Abbott konnte sich nur zwei Jahre halten, was für australische Verhältnisse allerdings nicht ungewöhnlich ist. In der dortigen Politik existiert eine regelrechte Putschkultur. Premierminister, egal ob konservativ oder links, verlieren ihr Amt mindestens genauso häufig durch Aufstände in der eigenen Partei wie durch Wahlen. Insofern gab es immer die Hoffnung, der Abbottsche Klimaspuk werde nur von begrenzter Dauer sein.

Sein Nachfolger Malcolm Turnbull, früher Banker bei Goldman Sachs, zuletzt Unternehmer und seither Multimillionär, leugnet den Klimawandel nicht nur nicht, sondern hält es auch für wichtig, will ihn auch bekämpfen. Er sei eine „ernsthafte Bedrohung für die Welt“, hat er sich vernehmen lassen. Zu tun hätte Macolm Turnbull nach Abbotts Tabula-Rasa-Politik in dem Bereich genug. Er müsste die von seinem Vorgänger abgeschaffte CO₂-Steuer wieder einführen, die aufgelöste nationale Klimabehörde erneuert einsetzen und das schwache CO₂-Ziel für 2030 nachbessern, das Australien als seinen Beitrag für das angestrebte Paris-Klimaprotokoll gemeldet hat.

Doch Turnbull zerstörte die Hoffnung, dass er das Klimaschutz-Ruder so schnell herumwirft, gleich wieder. Die bisherigen von der Regierung ergriffenen Maßnahmen reichten aus, sagte er bei seinem ersten Auftritt als neuer Premier, und am Paris-Ziel wolle er auch nichts ändern. Der Abbott-Nachfolger wird wohl eher abwarten, ob die anderen Big Player, die USA, China und Indien, sich in beim Gipfel in der französischen Hauptstadt auf ambitionierte CO₂-Ziele verpflichten – und erst dann eine aktivere Klimapolitik einläuten. Das heißt, wenn kein neuer Putsch dazwischen kommt.



Hier wird energiesparend und umweltschonend geheizt: die Wohnungsbaugenossenschaft Bremer Höhe.

VERENA KERN

Wie die Wärme nicht verpufft

KWK-Anlagen nutzen Stromerzeugung zum Heizen / Förderung soll ausgeweitet werden

Von Verena Kern

Von der Größe her könnte der schwarze Kasten eine Waschmaschine sein. Er steht unter dem Dach eines denkmalgeschützten Gebäudesensembles im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg. Auf dem Dachboden ist es heiß. Im Kasten surrt leise ein Motor. Entfernt man die Schallschutzabdichtung, kommt ein Blockheizkraftwerk zum Vorschein, das für Strom und Wärme sorgt. „Ich freue mich immer“, sagt Ulf Heitmann, „wenn ich unsere Betriebskostenabrechnung sehe.“ Vor 15 Jahren wagte Heitmann zusammen mit anderen Mietern einen ungewöhnlichen Schritt. Sie gründeten die Wohnungsbaugenossenschaft „Bremer Höhe“, kauften das Ensemble mit günstigen Krediten und Zuschüssen und machten sich daran, ihre Idee eines preiswerten und umweltfreundlichen Wohnens in die Tat umzusetzen. Die Fassaden zu dämmen erlaubte der Denkmalschutz nicht. Nur bei Fenstern, Brandmauern und den obersten Geschossdecken war eine Dämmung möglich. Auf dem Dach wurde eine Photovoltaikanlage installiert. Für die sonstige Energieversorgung setzte die Bremer Höhe auf KWK, Kraft-Wärme-Kopplung.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Mieten für die Genossenschaftswohnungen sind niedrig, und die Energiekosten sind es auch. „Wir liegen um ein Drittel unter dem Berliner Durchschnitt“, sagt Heitmann. Kein Pappenstiel in Zeiten, in denen Wohnen immer teurer wird. Nebenbei spart die Bremer Höhe jedes Jahr mehr als 2000 Tonnen CO₂ ein.

Das Prinzip von KWK-Anlagen ist schlicht. Man lässt die Wärme, die bei der Stromerzeugung entsteht, nicht nur durch Schloten und Kühltürme verpuffen. Man nutzt sie. Der Energieverbrauch sinkt, weil man aus dem einge-

setzten Brennstoff mehr herausholt. KWK-Anlagen gibt es auch im großen, industriellen Stil. Bei kleinen Anlagen wie denen der Bremer Höhe spricht man von Mikro-KWK. Insgesamt drei dieser kleinen Blockheizkraftwerke hat die Genossenschaft. Sie versorgen 460 Wohnungen. Als Dienstleister – Fachbegriff: Contractor – fungiert die Berliner Energieagentur, ein zur Hälfte landeseigener Betrieb. Sie betreibt die Anlagen und verkauft den Strom direkt an Mieter.

Die Bundesregierung will die Gesetzesnovelle noch in diesem Jahr verabschieden

„Der Motor ähnelt einem Automotor“, sagt Volker Gustedt von der Energieagentur und zeigt auf das Blockheizkraftwerk. Brennstoff ist Erdgas. Der Motor treibt einen Generator an, der Strom erzeugt, „vergleichbar mit der Lichtmaschine beim Auto“. Die Abwärme, die dabei entsteht, wird durch ein Rohr sehr dicht an einem Wasserrohr vorbeigeführt, das Wasser erhitzt sich dadurch, man kann heizen, duschen, baden. „Der Wirkungsgrad liegt bei 90 Prozent“, sagt Gustedt. Nur ein Zehntel der eingesetzten Energie, heißt das, geht verloren. Für konventionelle Kraftwerke sind solche Zahlen utopisch. Selbst die modernsten Anlagen mit den effi-

zientesten Gasturbinen kommen ohne KWK nur auf Wirkungsgrade unter 50 Prozent. „Wir wollen mit Energie sinnvoll umgehen“, sagt Ulf Heitmann, der im Vorstand der Bremer Höhe sitzt.

„Aus ökologischen und sozialen Gründen müssen wir das Dezentrale stärken“, sagt Klaus Mindrup. Der SPD-Politiker hat selber lange in einer der Genossenschaftswohnungen gewohnt. Seit zwei Jahren sitzt er für seine Partei im Bundestag. „Wir brauchen viel mehr Projekte wie die Bremer Höhe“, fordert er. Doch das könnte in Zukunft schwierig werden. Die Bundesregierung will das Gesetz zur KWK-Förderung novellieren. Kürzlich legte das Wirtschaftsministerium seinen Referentenentwurf vor. Befürworter von Mieterstromprojekten sind alarmiert, von Projekten also, die wie die Bremer Höhe ihren selbst erzeugten Strom selber nutzen und nicht ins öffentliche Netz einspeisen. Sie würden künftig kaum noch profitieren.

Zu den Kritikern der Regierungspläne gehören Umweltverbände, Verbraucherschützer, Genossenschaften, Energie- und Klimaschutzagenturen, Wohnungs- und Immobilienunternehmen. Dabei ist es das erklärte Ziel der Großen Koalition, die KWK-Förderung auszuweiten. Tatsächlich soll die Fördersumme kräftig aufgestockt werden. Bisher war sie auf 750 Millionen Euro pro Jahr

gedeckt. In Zukunft sollen es 1,5 Milliarden Euro sein. „Aber davon werden nur die Großen etwas haben“, sagt Volker Gustedt von der Berliner Energieagentur. „Die Kleinen gehen leer aus.“ Genossenschaftsvorstand Ulf Heitmann schimpft: „Wir sind längst da, wo die Bundesregierung sagt, dass sie hinwill.“ Und Klaus Mindrup spottet: „Das ist Planerfüllung durch Plankorrektur.“

Das Problem: Die Amortisationszeit würde sich bei kleinen Anlagen um Jahre verlängern. „Eine Anlage hat in der Regel eine Laufzeit von 15 Jahren“, erklärt Gustedt. „Danach ist ein Austausch oder eine Generalüberholung fällig.“ Tritt der vorliegende Gesetzentwurf unverändert in Kraft, würde es bei vielen Anlagen länger als 15 Jahre dauern, bis die Kosten wieder hereingeholt sind. „Das würde das Aus bedeuten.“ Noch ist nichts entschieden. Derzeit können beim Wirtschaftsministerium Stellungnahmen zum Gesetzentwurf eingereicht werden. Aber die Frist ist knapp bemessen, „zu knapp“, moniert Gustedt. Die Bundesregierung drückt aufs Tempo. Sie will noch in diesem Jahr die Novelle verabschieden, damit sie zum 1. Januar 2016 in Kraft treten kann.

„Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es hineingekommen ist“, sagt SPD-Mann Mindrup. Er ist davon überzeugt, die besseren Argumente zu haben. Und damit auch Gehör zu finden. „Wir zeigen hier, dass man gleichzeitig sozial und ökologisch Bauen und Wohnen kann“, sagt er und deutet auf die schönen Gründerzeitfassaden der Bremer Höhe. „Es stimmt einfach nicht, dass das ein Widerspruch ist. Es geht auch anders.“

Verena Kern ist Journalistin beim Online-Magazin klimarettter.info, mit dem die Frankfurter Rundschau die Berichterstattung zu den Themen Klima und Umwelt intensiviert.

KRAFT-WÄRME-KOPPLUNG

Seit 2002 fördert die Bundesrepublik KWK-Anlagen über das Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Die Fördersumme, die derzeit bei 750 Millionen Euro jährlich gedeckt ist, wird von den Verbrauchern über die KWK-Umlage, einen Aufschlag auf die Netznutzungsentgelte, aufgebracht. Nach dem aktuellen Gesetzentwurf auf dem Bundeswirtschaftsministerium soll

der Förderdeckel auf 1,5 Milliarden Euro verdoppelt werden.

Trotz Förderung stagniert der KWK-Anteil in Deutschland bei nur 16 Prozent. Im Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD auf eine Zielmarke von 25 Prozent verständigt. Ob die Verdopplung der Fördersumme dafür ausreichen wird, wird von Experten bezweifelt.